

WAHLKAMPF
 SP-Spitzenkandidat Werner
 Faymann stellte sich dem Publikum
 in Judenburg. S. 6/7



NOTABENE

stefan.verderber@murtaler.at

Gespaltene Region Murau

Das ganze Dilemma der Region Murau offenbarte sich beim Transitgipfel in St. Marein (siehe Bericht rechts). Die Mitglieder der 16 Bürgerinitiativen kämpfen mit Herz und Verstand gegen den Ausbau der S 37. Ihnen wäre eine Nulllösung - also gar kein Ausbau - lieber, als eine Transitlawine durch ihren Lebensraum.

Im Gegensatz dazu wollen Wirtschaftstreibende der Region den Straßenausbau forcieren - kein Ausbau ist gleichbedeutend mit Stillstand, sagen sie. Hinzu kommen Straßenanrainer, die den ständigen Verkehrsanstieg so nicht mehr hinnehmen wollen. Sie fordern Umfahrungen ihrer Ortsgebiete.

Eine Patentlösung gibt es nicht. Weder Bürgerinitiativen noch Anrainer und schon gar nicht die Politik hat sie parat.

Was es aber gibt, ist ein Lösungsansatz. Alle Parteien müssten sich an einen Tisch setzen, ihre Ziele, Wünsche und Ansprüche für eine entsprechende Verkehrslösung formulieren - nach diesen Parametern kann dann der Straßenausbau in Murau vorangetrieben werden.

Hört sich einfach an - ist es aber nicht! Der Bezirk Murau ist eine komplexe Region und viele Wünsche unter einen Hut zu bringen, ist schwierig. Die eierlegende Wollmilchsau wurde noch nicht erfunden.

Mitgestaltung statt o

Bürgerinitiativen wollen in die Planungen miteingebunden werden und fordern durchdachte Lösung.

martina.baerthaler@murtaler.at

Ich möchte Sie bitten, sachlich zu bleiben und persönliche Angriffe gegen die Diskutanten am Podium einzustellen“, mahnte Moderator Bernd Krainbacher am Dienstagabend das mitunter sehr angriffslustige Auditorium.

Die Herren am Podium hatten keinen leichten Stand, ging es doch darum, ihre politischen Positionen in Sachen Ausbau der B 317 zur S 37 kundzutun. Die Bürgerinitiativen des Bezirkes Murau hatten zum Transitgipfel in den Kultursaal St. Marein bei Neumarkt geladen und politische Mandatäre aller Parteien, welche im Landtag oder Nationalrat vertreten sind, ebenfalls dazugebeten.

Seitens des BZÖ folgte der Kärntner NRAbg. Josef Bucher der Einladung, die regionalen Vertreter setzten sich aus NRAbg. Christian Füller (SPÖ), NRAbg. Wolfgang Zanger (FPÖ), LAbg. Johann Bacher (ÖVP) und LAbg. Lambert



V. l.: NRAbg. Bucher (BZÖ), NRAbg. Zanger (FPÖ), NRAbg. Füller (SPÖ), LAbg. Bacher (ÖVP), LAbg. Lambert Schönleitner (Grüne), Michael Baldauf (Naturpark) und Horst Kienberger (Bürgerinitiative Teufenbach).

Schönleitner (Die Grünen) zusammen. Durch Abwesenheit glänzten NRAbg. Thomas Einwallner und NRAbg. Fritz Grillitsch. Und innerhalb der Diskussion wurde ganz schnell deutlich, wer von den politischen Vertretern in der Gunst des Publikums lag.

Eingangs sprach Horst Kienberger von der Bürgerinitiative

Teufenbach über die Folgen einer Transitschneise für die Region und präsentierte nochmals die Forderungen der mittlerweile 16 Bürgerinitiativen.

„Wir fürchten um unseren Lebensraum, unsere Zukunft. Wir sind kein Haufen, der sich als Protest mit Ketten an Bäume hängen lässt, sondern Menschen wie du und ich, die Einfluss nehmen wollen und ihre Sorgen und den Unmut öffentlich machen wollen“, so Kienberger.

« Tunnel als umweltfreundlich zu bezeichnen, grenzt an Schwachsinn. Oder glauben Sie, dass Lkw die Abgase aus dem Tunnel im Sackerl mitnehmen? »

Ein Zuhörer zu NRAbg. Zanger

Bürger wollen Mitsprache

Die Bürgerinitiativen wehren sich gegen eine Politik des „Drüberfahrens“ und gegen ein „Diktat von oben“. Sie fordern unter anderem die Rücknahme der B 317 aus dem hochrangigen Straßennetz, einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Beibehaltung der 7,5 Tonnen-Beschränkung für. Mautflüchtlinge sowie den Erhalt des Lebensraumes.

Horst Kienberger sprach sich, im Namen aller Bürgerinitiativen für eine sogenannte „inter-



Der Kultursaal von St. Marein war zum Bersten voll. Viele Interessierte bzw. Betroffene verfolgten die Diskussion mit den Politikern. Fotos:

STEIRERFEST

Wirtschaftstreibende und die Gemeinde Spielberg laden am Samstag, 30. August, zum Steirerfest.



Foto: Mitteregger

◀ BESUCH

Der deutsche Bundespräsident genoss einige Tage lang die Murtals.

ler Nulllösung

modale Verkehrsplanung“ aus. Intermodal heißt soviel wie verkehrsträgerübergreifend. Darunter versteht man die gleichberechtigte Einbeziehung aller Verkehrsarten in die Planung: den Fußgänger- und den Fahrradverkehr ebenso wie den öffentlichen Verkehr und den motorisierten Individualverkehr.

„Gelernten Straßenbauern wie der Asfinag, die alleinige Verantwortung über die Verkehrsplanung zu überlassen, wäre gleichbedeutend damit, die Füchse zu Oberaufsehern im Hühnerstall zu machen“, so Kienberger.

Die Bürgerinitiativen wollen in die Planungen miteinbezogen werden. „Der Regionalverkehr ist wichtig und notwendig. Stopp sagen wir nur gegen die von der Asfinag geplante Schnellstraße. Wir möchten eine durchdachte Straßenlösung, die für uns alle vertretbar ist. Ansätze dahingehend zu finden, ist nur in Kooperation mit der Politik möglich“, räumte auch Wolfgang Forstner von der Bürgerinitiative Mariahof ein.

Eine Rücknahme des Vollausbau-Beschlusses forderte auch LAbg. Lambert Schönleitner in seinen Ausführungen. „Die Planungen müssen zurück in die Hände des Landes. Der Straßenbau bringt außer einer Verkehrszunahme nichts - Kaufkraft fließt sogar ab“.

Bleibt das Projekt bei der Asfinag, rechnet Schönleitner mit Beeinspruchungen der Bürgerinitiativen bis zum „Sankt Nimmerleinstag“. „Es muss möglich sein, dass die Landesregierung den Bund auffordert, vom Projekt Abstand zu nehmen, nachdem es in der Region nicht mehrheitsfähig ist. Es sei sinnvoller, nochmal zu planen - mit der Bevölkerung. Wir wollen stattdessen kleinräumige Orts-

umfahrungen und eine Anhebung des Sicherheitsstandards am Bestand“, so der Grüne-Abgeordnete.

LAbg. Johann Bacher erinnerte in seinem Statement daran, dass die Politik 1988 von den Menschen aufgefordert wurde, die Ortsumfahrungen endlich anzugehen und dass alle Parteien der Aufnahme der B 317 in den Generalverkehrsplan zugestimmt hatten.

„Wir haben kein Interesse daran, die Region zu zerstören, aber nichts zu unternehmen heißt Stillstand. Ich fordere ein Zusammentreffen nach der Wahl mit dem zuständigen Minister, den Vertretern der Bürgerinitiativen und den Landeshauptleuten von Kärnten und der Steiermark vor Ort“.



◀◀ Eine Rücknahme aus dem Generalverkehrsplan ist schwer vorstellbar, dann eher eine Sonderbemaatung für Transitverkehr. >>

NRAbg. Füller (SPÖ)



◀◀ Eine Variante mit Unterflurtrassen und Tunnel ist denkbar sowie ein Sicherheitsausbau mit einer 100 km/h Beschränkung. >>

NRAbg. Zanger (FPÖ)



◀◀ Die Zeit ist reif für große Investitionen in den öffentlichen Verkehr und die Schiene: Raus mit dem Geld aus der Asfinag >>

LABg. Schönleitner